

Nach Militärputsch

Junta in Burkina Faso setzt Teile der Verfassung wieder ein

Putschistenführer Damiba ist nun offiziell das Staatsoberhaupt für eine nicht näher festgelegte Übergangszeit. Mit Sanktionen wie gegen Mali hält sich die westafrikanische Staatengemeinschaft ECOWAS noch zurück.

Von CLAUDIA BRÖLL, KAPSTADT



© AFP

Paul-Henri Sandaogo Damiba am 27. Januar in Ouagadougou

In Burkina Faso hat die neue Militärregierung die Verfassung in Teilen wieder in Kraft gesetzt und den Putschistenführer Paul-Henri Sandaogo Damiba für eine Übergangszeit zum Staatsoberhaupt ernannt. Wie die Junta am Montagabend in einer im Fernsehen übertragenen Erklärung mitteilte, gelten wieder demokratische Grundsätze wie die Unabhängigkeit der Justiz sowie Grundfreiheiten wie die Presse- und Redefreiheit. Zur Dauer der Übergangszeit wurden keine Angaben gemacht.

Das Wiedereinsetzen einiger Verfassungsgrundsätze dürfte auf internationalen Druck hin geschehen sein. Nach der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS hatte auch die Afrikanische Union Burkina Faso von allen Aktivitäten ausgeschlossen, bis die „verfassungsmäßige Ordnung wiederhergestellt“ sei. ECOWAS hat eine Ministerdelegation in die Hauptstadt Ouagadougou geschickt, um die politische und die Sicherheitslage zu inspizieren.

„Sehr offen für unsere Vorschläge“

Am Donnerstag soll ein Gipfeltreffen der westafrikanischen Staats- und Regierungschefs in Accra in Ghana stattfinden. Dort dürfte auch über Sanktionen wie zuvor gegen Mali beraten werden. Die Junta habe sich „sehr offen für unsere Vorschläge“ gezeigt, sagte Ghanas Außenministerin Shirley Botchway, die Leiterin der Mission. „Für uns ist das ein gutes Zeichen“. ECOWAS werde Burkina Faso weiterhin im Kampf gegen den Terrorismus unterstützen. Ähnliches hatte zuvor der Präsident der Elfenbeinküste, [Alassane Ouattara](#), bekräftigt.

Die Militärregierung legte eine 37 Artikel umfassende „fundamentale Rechtsordnung“ vor. Sie soll die bisherige Verfassung ersetzen. Darin ist neben demokratischen Grundrechten allerdings auch explizit festgelegt, dass die neue, von Damiba geführte Bewegung MPSR (Patriotische Bewegung für den Schutz und die Wiederherstellung von Burkina Fasos) das „zentrale Organ für die Festlegung und Ausrichtung der Sicherheits-, Wirtschafts-, Sozial- und Entwicklungspolitik sowie für die Wiederherstellung der territorialen Integrität“ sei. Der MPSR-Vorsitzende sei Staatspräsident, Staatsoberhaupt und oberster Befehlshaber der nationalen Streitkräfte. Er sei der Garant für die „nationale Unabhängigkeit, die territoriale Integrität, die Beständigkeit und Kontinuität des Staates und die Einhaltung der Verträge und internationalen Abkommen Burkina Fasos“. Die Bewegung hat außerdem zwei Vizepräsidenten, die noch nicht bekannt sind.

Meuternde Soldaten hatten vor einer Woche den burkinischen Präsidenten Roch Marc Christian Kaboré nach Protesten und Schüssen in Ouagadougou festgenommen. Wie die Nachrichtenagentur Reuters berichtete, hatte die ghanaische Ministerin Kaboré getroffen. Er sei gesund und in guter Stimmung, hieß es. Es ist nach Mali und Guinea schon das dritte Land in Westafrika, in dem sich in jüngerer Zeit ein Staatsstreich ereignet hat.

Burkina Faso wird seit 2015 von Anschlägen von Islamisten und anderen bewaffneten Gruppen erschüttert, die weite Teile des Landes bereits unter ihre Kontrolle gebracht haben. Mehr als 2000 Menschen wurden getötet und mehr als 1,5 Millionen aus ihren Heimatorten vertrieben. Sicherheitsexperten befürchten, dass die Terroristen als Sprungbrett für eine Vordringen in die bisher noch stabilen Küstenländer nutzen könnten.

Quelle: FAZ.NET